Redemanuskript für den Vortrag bei der mündlichen Anhörung am 09.12. 2021, Az: 3.0.2.9

**Betreff: Stellungnahme – „Schutz des Lebens und seelischen Wohlbefindens von Senioren und anderen Risikogruppen während der Corona-Pandemie“ (DS 7/2168) und „Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen auch in der Corona-Pandemie sichern (DS 7/3728)**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Abgeordnete des Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichheit,

im Namen der Evangelischen Kirchen in Thüringen danke ich Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den beiden Anträgen.

Sie haben meine schriftliche Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Ich will das dort Vorgetragene nicht wiederholen, sondern raffen und zuspitzen auf Punkte, die mir besonders wichtig sind.

*Erstens*:

Alle Beteiligten arbeiten bei der Bewältigung der Pandemie unter großem Druck – oft über das eigentlich Menschenmögliche hinaus.

Pflegende und Einrichtungsleitungen einerseits – politische Verantwortliche in Exekutive, Legislative und Verwaltung andererseits.

Dies ist mir umso wichtiger zu sagen als ich vermute, dass bei der Festlegung des Beratungsgegenstandes für diese Ausschuss-Sitzung noch nicht absehbar war, dass wir uns zum Zeitpunkt der Anhörung mitten in einer heftigen vierten Pandemie-Welle befinden werden.

Parteipolitische Profilierungen oder das Hin- und Herschieben von „Schwarze-Peter-Karten“ zwischen den verschiedenen Akteuren beim Verantworten sozialer Leistungen halte ich für unangebracht angesichts der dramatischen Bedrohung durch das Virus.

Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 hatten viele von uns den Eindruck, dass die Bedrohung unsere Gesellschaft stärker und solidarischer zusammenrücken lässt.

Je länger die Pandemie währt, desto mehr scheint sich zu zeigen, dass z. B. der archaische Sündenbock-Mechanismus fröhliche Urstände feiert.

Wir alle sind gefragt, solchen destruktiven Ritualen keine Energie zuzuführen.

*Zweitens*:

Zu denen, die seit fast zwei Jahren zu allen sonstigen Aufgaben nun auch noch Pandemieabwehr betreiben müssen, möchte ich ausdrücklich auch die Mitarbeitenden in den Ministerien benennen, die unter hohem Zeitdruck möglichst verhältnismäßige, praktikable und nachvollziehbare Infektionsschutzgesetze und Covid-Eindämmungsverordnungen formulieren müssen.

Wir alle erwarten – zu Recht! - Verfahrenssicherheit beim Beachten und Durchsetzen von pandemiebedingten Freiheits-Einschränkungen.

Gleichzeitig halte ich es für eine Schieflage der öffentlichen Aufmerksamkeit, dass die Leistungen der Mitarbeitenden in den Ministerien nach meinem Eindruck häufig als selbstverständlich betrachtet werden, während sich öffentlicher Frust im Dauer-Stakkato entlädt über vermeintliche oder tatsächliche Inkonsistenzen in erlassenen Verordnungen.

*Drittens*:

Destruktive Sündenbock-Kreisläufe werden auch durch Suggestivfragen angefeuert, die Unterstellungen transportieren.

Das ist jetzt ein etwas heikler Punkt, den ich nicht in meiner schriftlichen Stellungnahme geäußert habe, weil ich denke, dass eine Reflexion dazu besser in den mündlichen Austausch passt.

Zum Beispiel lautet Frage 4 der vom Ausschluss beschlossenen Fragen:

„Inwiefern haben die Besuchsbegrenzungen bei Inzidenzen tatsächlich zu Einsamkeit beigetragen oder lag es nicht eher am Herunterfahren von kulturellen Angeboten?“

Ich finde: Man muss diese Frage nur laut vorlesen, um ihre selbstrechtfertigende Suggestivkraft zu spüren.

Menschen sind – gerade in der ersten Welle der Pandemie – dramatisch vereinsamt und häufig einsam gestorben. Es gab noch keine Tests, oft nicht genügend Schutzkleidung … Die Dilemma-Situation steht uns gut vor Augen und wir sind uns hoffentlich darin einig, dass solch eine Einsamkeit und ein einsames Sterben nie, nie wieder passieren darf, egal, wie aggressiv das Virus sich noch gebärden wird.

„Herunterfahren von kulturellen Angeboten“? Menschen wurden daran gehindert, dem sterbenden Vater die Hand zu halten.

Ich will mich selbst an das von mir Gesagte halten und jetzt keinen Vorwurf gegen die Autor\*innen dieser Frage konstruieren. Ich will einfach die Bitte formulieren, Suggestivfragen möglichst zu vermeiden – sie tragen nichts zur Klärung bei – und schon gar nicht in solch einer Dilemma-Situation, wie die Pandemie sie uns allen aufnötigt.

*Und ein vierter und letzter Punkt*:

Auch bei den Ausschussfragen 12, 13 und 17, auf die ich mich in meiner schriftlichen Stellungnahme ausführlich bezogen habe, könnte man bei kritischer Betrachtung ein solch suggestives Gefälle wahrnehmen.

Deshalb sei zuerst deutlich gesagt:

Sehr viele Verantwortliche in sozialen Einrichtungen haben vom ersten Tag der Pandemie an mit hohem persönlichem Einsatz, mit großer Flexibilität und Engagement dafür gesorgt, *alle Spielräume* der staatlichen Vorgaben zu nutzen, damit den Bewohner\*innen in Heimen und Pflegeeinrichtungen so viel Selbstbestimmungsfähigkeit wie möglich erhalten blieb!

Gleichzeitig ist ernst gemeint, was ich in meiner schriftlichen Stellungnahme zu den Fragen 12, 13 und 17 erörtert habe.

Das christliche Menschenbild ist hier sehr nüchtern: Manche Menschen gehen mit dem Gesetz so um, dass sie es übertreten. Das ist fatal – und Verordnungen zum Infektionsschutz sind natürlich dazu da, dass sie eingehalten werden.

Doch zugleich es gibt eben auch das gegenteilige Phänomen: Menschen nutzen – aus welchen Gründen auch immer – die Verantwortungs- und Gestaltungsspielräume *nicht*, die ihnen vom Buchstaben des Gesetzes durchaus eingeräumt werden.

Dieses Phänomen ist belegt und erfahren – auch für die Punkte, auf die die Fragen des Ausschusses unsere Aufmerksamkeit lenken.

Gegen dieses Phänomen ist mit noch höherer Regelungsdichte nicht anzukommen. Hier führt nur das weiter, was ich in der schriftlichen Stellungnahme mit „weisheitlich strukturiertem Orientierungswissen“ bezeichnet habe.

Ich finde, die Pandemie bringt überdeutlich zu Tage, dass wir bei vielen Fragen gesellschaftlicher Problem- und Konfliktbewältigung mit einem juristisch strukturierten Regelungs-Wissen *allein* nicht durchkommen.

Intuition, Augenmaß, Fingerspitzengefühl lassen sich nicht legalistisch fassen – und sind zugleich ungemein wichtig für ein menschenwürdiges Umgehen mit der pandemiebedingten Dilemma-Situation.

Zusammenfassend möchte ich an dieser Stelle meine kirchlich-theologisch inspirierte Perspektive explizit zur Sprache bringen:

Wir werden durch die Pandemie daran erinnert, dass wir nicht alles im Griff haben, nicht alles bis zu Ende durchplanen können und dass es Dilemma-Situationen gibt, in denen es schon viel ist, wenn man zwischen zwei Übeln das geringere wählt.

Entscheidend ist wohl jetzt, wie wir mit dieser Erinnerung umgehen:

Beharren wir trotzig auf der Planbarkeit und Machbarkeit aller Dinge und suchen wir so lange nach Sündenböcken, bis wir den vermeintlich Schuldigen für das Nicht-Funktionieren der Planung und Umsetzung gefunden haben?

Das können wir tun, doch dann werden wir die Dilemma-Situation nur noch vertiefen.

Oder freunden wir uns damit an, dass unser menschliches Leben begrenzt und verletzlich bleibt, wir nicht alles im Griff haben und nicht alles planen und steuern können?

Das ist eine schmerzhafte Einsicht – doch sie trägt dazu bei, dass unsere Gesellschaft resilient bleibt oder wieder wird, barmherzig, nachsichtig, gütig, menschlich eben …

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!